

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1583

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1583



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

MEDIENKONFERENZ VOM 17. SEPTEMBER 2018

Paul Rechsteiner

SGB-Lohnmedienkonferenz 2018

Höchste Zeit für eine reale Lohnrunde: Generelle Lohnerhöhungen von 2-2,5% als Zielgrösse für 2019

Die Berufstätigen in der Schweiz haben in den letzten Jahren enorme Leistungen erbracht. Auch in einem wechselkursbedingt schwierigen Umfeld, das den Spielraum für Lohnerhöhungen empfindlich beschränkte, waren die Beschäftigten der verschiedenen Wirtschaftssektoren in der Schweiz äusserst produktiv.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmen stark verbessert. Die Ertrags- und Geschäftslage der meisten Firmen ist positiv. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wieder eine positive Lohnrunde für die Beschäftigten einzuleiten. Sie haben eine reale Lohnrunde mehr als verdient. Denn sie sind es, die für die günstige wirtschaftliche Entwicklung massgeblich verantwortlich sind.

Zu berücksichtigen ist, dass für das laufende Jahr nach längerem wieder mit einer spürbaren Teuerung zu rechnen ist. Sofern sich die Ausgangslage beim Frankenkurs und beim Ölpreis nicht entscheidend ändert, wird sie knapp ein Prozent betragen. Der Ausgleich der Teuerung bildet den Sockel für die Lohnforderungen, muss doch zuerst einmal die Kaufkraft der Löhne gesichert werden. Dazu kommt, dass die Krankenkassenprämien der Lohnentwicklung längst davongelaufen sind. Ähnliches gilt für die ständig steigenden Beiträge an die Pensionskassen.

Die entscheidenden wirtschaftlichen Faktoren, die Teuerung, die wirtschaftliche Lage und die Produktivitätsentwicklung sprechen also dafür, dass es auf das nächste Jahr endlich wieder zu einer substanziellen realen Lohnrunde kommen muss. Wichtig ist zudem, dass auch wieder vermehrt generelle Lohnerhöhungen gesprochen werden. Wie die Erfahrung zeigt, führt die Individualisierung der Lohnerhöhungen zu nichts anderem als zu überproportionalen Ergebnissen für die hohen und höchsten Löhne, während die grosse Mehrheit der unteren und mittleren Einkommen stehen bleibt. Sie haben aber genauso Anspruch auf einen angemessenen Anteil an den erwirtschafteten Ergebnissen. Eine einigermaßen ausgeglichene Lohnstruktur ist sowohl wirtschaftlich wie auch gesellschaftlich positiv.

Die führenden Gewerkschaften in den verschiedenen Branchen, die im Schweizerischen Gewerkschaftsbund organisiert sind, verlangen aus diesen Gründen für das kommende Jahr Lohnerhöhungen von 2-2,5%.

Über die Faktoren Wirtschaftslage, Produktivität und Teuerung hinaus ist für das kommende Jahr der Nachholbedarf zu berücksichtigen. Bilanziert man die lohnpolitischen Ergebnisse der letzten

Jahre, so ergibt sich nämlich über alles gesehen für die Berufstätigen mit unteren und mittleren Einkommen ein empfindlicher Lohnrückstand. Das gilt insbesondere für langjährige Mitarbeitende. Dieser muss in der kommenden Lohnrunde aufgeholt werden. Ein grösserer Schritt ist auch bei den Löhnen der Frauen fällig. Die stossende Lohndiskriminierung der Frauen muss endlich beseitigt werden.

MEDIENKONFERENZ VOM 17. SEPTEMBER 2018

Daniel Lampart

SGB-Lohnmedienkonferenz 2018

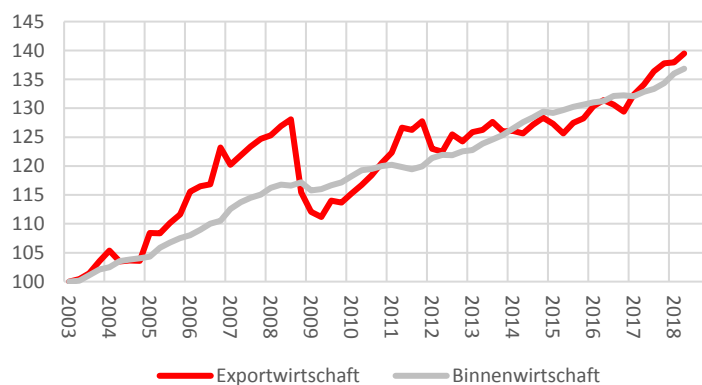
Teuerung, gute Ertragslage und Lohnrückstand: Lohnerhöhungen von 2-2.5 Prozent erforderlich

Deutliche Aufwärtstendenz in der Exportwirtschaft - anhaltendes Wachstum im Binnensektor

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einem Aufschwung. Das Bruttoinlandprodukt wuchs im ersten Halbjahr um 3.2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere fand nun auch die Industrie aus der langen Schwächephase seit Ausbruch der Finanzkrise vor rund 10 Jahren. Im ersten Halbjahr verzeichnete sie ein Wachstum von fast 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In der Binnenwirtschaft hat sich die Aufwärtstendenz etwas verstärkt. Die steigende Beschäftigung und die damit verbundenen höheren Hauhalteinkommen, aber auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen beleben das Inlandgeschäft.

Export- und Binnenwirtschaft: reale Wertschöpfung

(2003=100, saisonbereinigt)



Verbesserte Gewinnsituation in den Firmen

Die Geschäftslage der Schweizer Unternehmen hat sich dank dem Aufschwung wesentlich verbessert. Die Unternehmensumfragen in Bezug auf die Ertrags- und Geschäftslage der Firmen zeigen ein klar positives Bild. Geld für Lohnerhöhungen ist vorhanden.

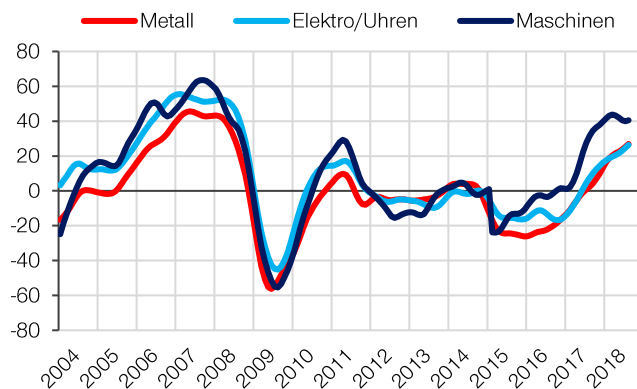
In der Industrie bezeichnen die Betriebe ihre Geschäftslage insgesamt als gut. Die Werte der KOF-Umfragen befinden sich auf dem Höchststand der letzten 10 Jahre. Insbesondere aus der Maschinenindustrie sind die Signale ausgesprochen positiv. Auch die Hotels und Restaurants verzeichnen seit 2017 eine bessere Geschäftssituation. Die Umfragewerte befinden sich auf einem Höchststand seit Erhebungsbeginn im Jahr 2009.

Im Bau hat sich die ausserordentliche Konjunktursituation der letzten Jahre etwas beruhigt. Die Firmen machen aber nach wie vor gute Geschäfte – insbesondere im Ausbaugewerbe. Die KOF-Umfragewerte im Bereich von 40 Punkten sind im Quervergleich mit anderen Branchen ausgesprochen hoch. Der Bereich „Kommunikation, Verkehr“ profitiert von der besseren Binnenkonjunktur. Die Firmen bewerten ihre Geschäftslage wesentlich positiver als noch 2016.

Im Finanzsektor hat sich die Aufwärtstendenz der letzten Jahre fortgesetzt. Sowohl in den Banken als auch in den Versicherungen überwiegen die Positivmeldungen. Die Geschäftslage wird grossmehrheitlich als gut bezeichnet. Weniger gut sind die Rückmeldungen aus dem Detailhandel. Die Branche dürfte zu einem grossen Teil Opfer der schwachen Lohnerhöhungen in letzter Zeit sein. Zusätzlich kosteten die steigenden Krankenkassenprämien und Pensionskassenbeiträge Kaufkraft. Gut ist die Finanzlage bei der öffentlichen Hand. Die bessere Konjunktur führt zu höheren Einnahmen. Doch auch unabhängig davon schreiben Bund und Kantone strukturelle Überschüsse.

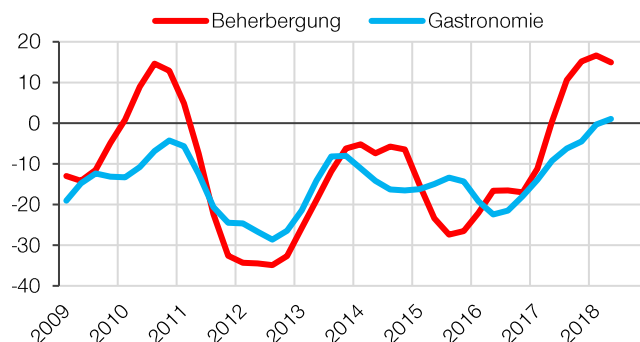
Beurteilung der Geschäftslage in ausgewählten Industriebranchen

(Saldo gemäss KOF-Umfrage, saison- und extremwertbereinigt)



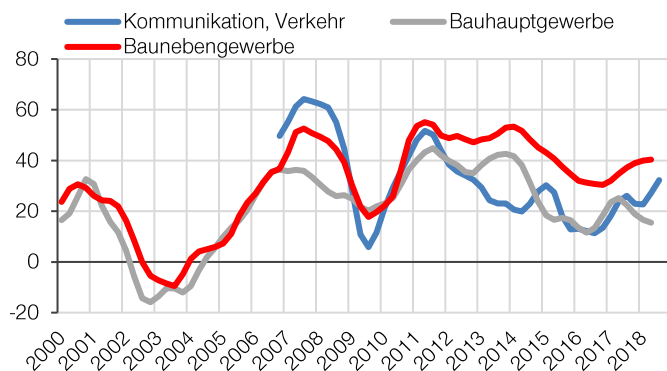
Beurteilung der Geschäftslage im Gastgewerbe

(Saldo gemäss KOF-Umfrage, saison- und extremwertbereinigt)



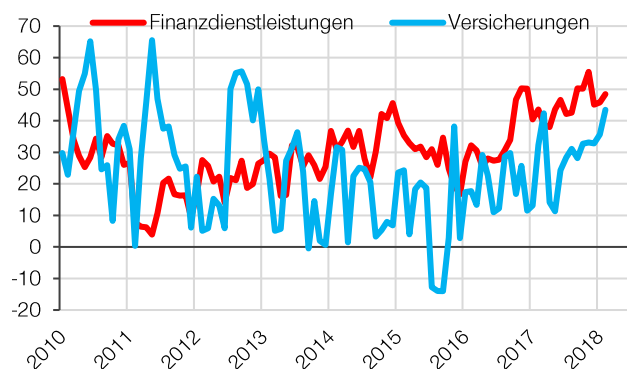
Geschäftslage in Branchen der Schweizer Binnenwirtschaft

(Saldo¹ gemäss KOF-Umfrage, saison- und zufallsbereinigt)



Geschäftslage der Banken und Versicherungen

(Saldo gemäss KOF-Umfrage, saisonbereinigt)



2017 und 2018 stagnierende Reallöhne

Die markant bessere Geschäftslage der Firmen hat sich in den Jahren 2017/18 jedoch nicht in den Reallöhnen niedergeschlagen. Die Reallöhne stagnieren trotz wirtschaftlichem Aufschwung. Im vergangenen Jahr resultierte ein Minus von 0.1 Prozent. Auch 2018 zeichnet sich ab, dass die Löhne hinter der Teuerung zurückbleiben.

Nominallohnwachstum und Teuerung

(Veränderung geg. Vorjahr)

	2017	2018
Nominallohnindex BFS	0.4	0.8*
Landesindex BFS	0.5	0.9**

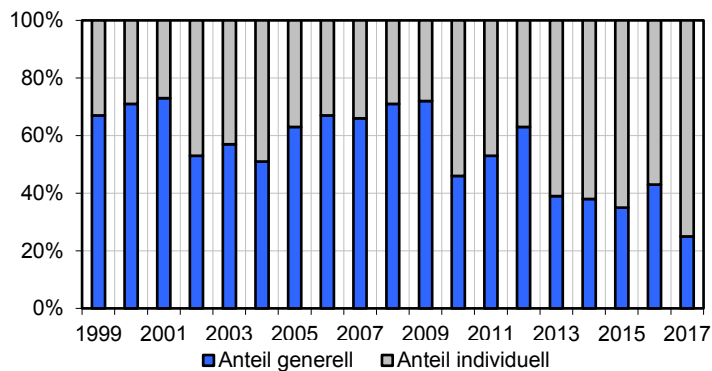
* 1.Halbjahr 2018; **Prognose SGB

¹ Der Saldo ist definiert als der Anteil der Firmen mit „guter Geschäftslage“ minus Firmen mit „schlechter Geschäftslage“ multipliziert mit 100. Sind die Werte positiv, überwiegen somit Firmen, welche im Rahmen der Umfrage eine „gute Geschäftslage“ gemeldet haben.

2017 ist der Anteil der generellen Lohnerhöhungen auf 25 Prozent gesunken. Das ist der Tiefstand seit 1999. Ein wesentlicher Faktor dürfte die aufgrund der Frankenüberbewertung ausbleibende Teuerung gewesen sein. Zahlreiche Arbeitgeber wollten die Löhne nur noch individuell erhöhen.

Generelle und individuelle Lohnerhöhungen in GAV

(Anteile in Prozent)

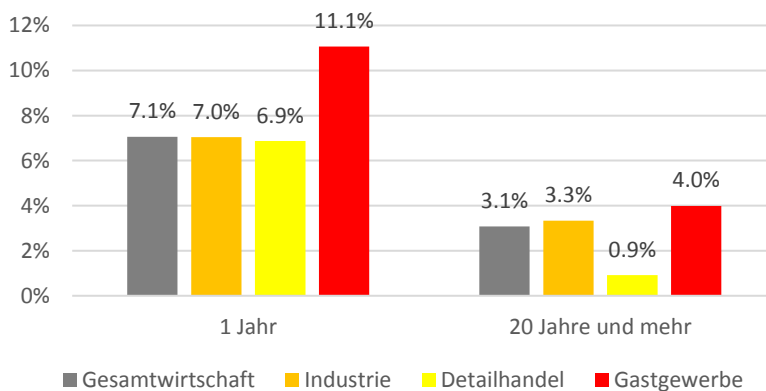


Tieferes Lohnwachstum bei langjährigen MitarbeiterInnen

MitarbeiterInnen mit langer Betriebszugehörigkeit hatten in den letzten Jahren punkto Lohn das Nachsehen. Ihre Löhne stiegen zwischen 2010 und 2016 um 3.1 Prozent, gegenüber 7.1 Prozent bei Arbeitnehmenden mit maximal einem Dienstjahr. Besonders augenfällig ist das in der Industrie, im Detailhandel und im Gastgewerbe.

Lohnwachstum nach Dienstalter 2010-2016: Total und ausgewählte Branchen

(Medianlohn)



Lohnerhöhungen von 2-2.5 Prozent: Teuerung, Produktivität und Nachholbedarf

Die Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB fordern Lohnerhöhungen von 2-2.5 Prozent. Diese Forderung begründet sich folgendermassen: Die Teuerung wird im laufenden Jahr knapp 1 Prozent betragen – sofern sich beim Frankenkurs und bei den Ölpreisen nichts Sub-

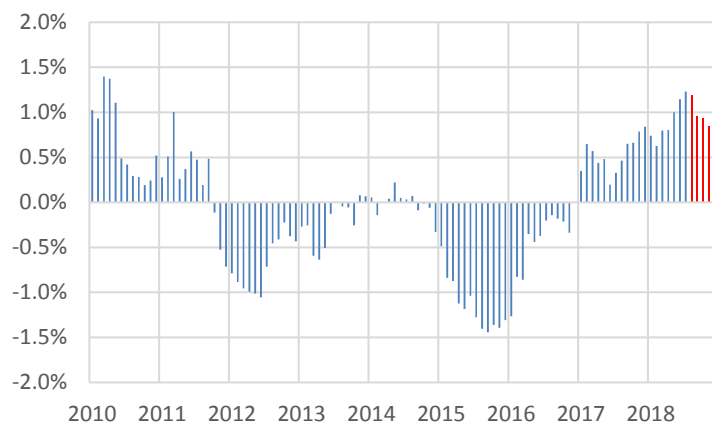
stanzielles ändert. Dazu kommen markant steigende Krankenkassenprämien, wobei hier nicht weniger Preisentwicklung, sondern die steigende Menge an konsumierten Gesundheitsdienstleistungen ausschlaggebend ist.

Die Produktivität der Berufstätigen in der Schweiz erhöhte sich gemäss den BFS-Zahlen zurzeit jährlich um etwas mehr als 0.7 Prozent (real).² Effektiv dürfte das Wachstum noch höher sein, da diese Zahlen die tatsächliche Entwicklung unterschätzen.³

Aufgrund der stagnierenden Reallöhne 2017/18 ergibt sich bei den Löhnen ein Nachholbedarf. Dieser ist bei langjährigen MitarbeiterInnen besonders ausgeprägt. Der Aufschwung muss auch dazu genutzt werden, um den Lohnrückstand der Frauen zu korrigieren.

Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise und Prognose SGB

(Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent)



² Zur Ermittlung der technisch bedingten Erhöhung der Arbeitsproduktivität müssen Mehrjahresdurchschnitte oder geglättete Statistiken verwendet werden, da sonst die konjunkturellen BIP-Schwankungen im Nenner die Jahres-Ergebnisse dominieren.

³ Zur Berechnung der realen Wertschöpfung deflationiert das BFS die nominalen Wertschöpfungszahlen in gewissen Dienstleistungsbranchen mit den Lohnindizes. Diese Lohnindizes enthalten jedoch nicht nur den Teuerungsausgleich, sondern auch eine Erhöhung infolge der höheren Produktivität. Ein Teil des Produktivitätsanstiegs wird deshalb „wegdeflationiert“.



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB
Bern, 17. September 2018

Die Unia fordert generelle Lohnerhöhungen von 2,5 Prozent

Höchste Zeit für eine Lohnwende!

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Die Wirtschaft boomt. Doch die Arbeitnehmenden haben nichts vom Aufschwung. Während die Arbeitsproduktivität weiter zunimmt und immer weniger Arbeitnehmende immer mehr leisten, stagnieren ihre Reallöhne. Es besteht also dringender Nachholbedarf. Die Gewerkschaft Unia fordert für das Jahr 2019 eine generelle Lohnerhöhung von 2,5 Prozent.

Nach fünf Jahren der Negativ-Teuerung (2012-2016) zieht die Teuerung seit 2017 wieder an. Doch im vergangenen Jahr blieben die Lohnabschlüsse bescheiden und die Reallöhne stagnieren. Es braucht dieses Jahr dringend eine Lohnwende! Ein Prozent mehr Lohn 2019 ist allein schon für den Ausgleich der Teuerung nötig. Auch die Krankenkassen-Prämien (die nur teilweise im Landesindex der Konsumentenpreise enthalten sind) steigen weiter an. Weitere 1,5 Prozent braucht es darum, um diese zusätzlichen Krankenkassen-Kosten auszugleichen und um die steigende Produktivität auf die Arbeit umzuverteilen. Insgesamt ist also eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent nötig, um nach zwei mageren Lohnjahren auch die Arbeitnehmenden an der guten Wirtschaftslage zu beteiligen. Wichtig ist, dass die Löhne **generell für alle Arbeitnehmenden erhöht werden**. Individuelle Lohnerhöhungen führen nämlich zu einer Lohnstagnation im unteren und mittleren Segment.

Die Lohnwende ist nicht nur dringend nötig, sondern auch gut möglich. Die Schweizer Wirtschaft wächst robust und die Gewinnsituation in den Unternehmen ist gut, auch in jenen Branchen, die vom harten Schweizer Franken betroffen sind. Zudem können die meisten **Unternehmen bei der Berufsunfallversicherung sparen**. Ab 2019 gewährt die Suva 15 Prozent Rabatt, d.h. die Arbeitgeber zahlen rund 220 Millionen Franken weniger Versicherungsbeiträge. Dies erhöht den Spielraum für Lohnerhöhungen nochmals.

Die Lohnforderungen in den Unia-Branchen

- Für das **Bauhauptgewerbe** fordern die Gewerkschaften eine generelle Lohnerhöhung von 150 Franken. Obwohl 2017 die Umsätze im Bauhauptgewerbe Rekordstände erreichten, verweigerte der Baumeisterverband seit vier Jahren eine generelle Lohnerhöhung. Nun hat sich die Ertragslage der Baufirmen erneut verbessert. Nach Abzug aller Lohn- und Sachkosten beträgt der Reingewinn pro Mitarbeiter und Jahr im Hochbau bereits 13'000 Franken. Angesichts der harten Arbeit der Bauarbeiter, der guten Konjunktur und des Nachholbedarfes ist diese Lohnerhöhung von 150 Franken gerechtfertigt.

- Im **Gewerbe** ist das Auftragsvolumen hoch und die Aussichten sind gut. Das Rückgrat der boomenden Ausbaukonjunktur sind die Angestellten. Mit vielen Überstunden und unter hohem Leistungsdruck haben sie grossen Anteil am Erfolg und müssen entsprechend beteiligt werden. Im Ausbaugewerbe herrscht auch Fachkräftemangel. Die Unia fordert 2,5 Prozent mehr Lohn für alle. Die Forderung kann je nach Nachholbedarf der Branchen variieren. Die Mindestlöhne müssen in den Branchen dringend nachgezogen werden, wo der durchschnittliche branchenübliche Lohn bedeutend höher ist – als wirksamer Schutz gegen Dumping.
- Im **Detailhandel** fordert die Unia eine Anhebung der Löhne um 2,5 Prozent. Bei **Coop** gibt es zudem einen besonderen Anpassungsbedarf der Löhne von langjährigen Mitarbeitenden. Im **GAV Tankstellenshop**, der diesen Februar nach einem langwierigen Verfahren zur Erlangung der Allgemeinverbindlichkeit in Kraft getreten ist, braucht es dringend eine Anhebung der Löhne, damit diese nicht weiter ins Hintertreffen geraten; die aktuell gültigen Löhne wurden vor drei Jahren fixiert.
- In der **Langzeitpflege** reichen insbesondere beim Assistenzpersonal und in der Hauswirtschaft die Löhne nicht für ein Leben in Würde – denn viele Beschäftigte arbeiten, teilweise gezwungenermassen, Teilzeit. Die Unia fordert für die gesellschaftlich wichtigen Pflege- und Betreuungsberufe eine generelle Lohnerhöhung von mindestens 2,5 Prozent.
- In der **privaten Sicherheit** stehen im Rahmen der Verhandlungen zur Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags strukturelle Lohnanpassungen im Vordergrund. Insbesondere braucht es eine schnellere Lohnentwicklung der Teilzeit- und Stundenlohn-Mitarbeitenden, die zur Zeit diskriminiert sind.
- In den Branchen **Logistik und Transport** gibt es einen grossen Nachholbedarf. Sie weisen in den letzten zehn Jahren die schwächste Lohnentwicklung aller grossen Branchen überhaupt auf. Dementsprechend schwer ist es momentan, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Die Unia fordert daher eine generelle Lohnerhöhung von mindestens 2,5 Prozent.
- Die Lohnforderungen für die **Industrie-Branchen** bewegen sich zwischen darum 2,5 Prozent (Lebens- und Genussmittelindustrie sowie Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie-Industrie) und 3 Prozent (chemische und pharmazeutische Industrie). Der Gesamtarbeitsvertrag der MEM-Industrie kennt seit dem 1. Juli 2018 einen automatischen Teuerungsausgleich auf den Mindestlöhnen. Auch die anderen Industrie-Branchen müssen den Erhalt der Kaufkraft sicherstellen. Zudem müssen der Nachholbedarf aus vergangenen Lohnrunden, die steigenden Krankenkassenprämien und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie ausgeglichen werden. Wo es diskriminierende Lohndifferenzen gibt, müssen die Frauenlöhne überproportional angehoben werden.

Angriff auf Löhne und Lohnschutz einstellen!

Der Spielraum für Lohnerhöhungen ist vorhanden. Dies gilt für die Branchen der Binnenwirtschaft genauso wie für die Industrie. Auftragslage, Kapazitätsauslastung und Beschäftigung entwickeln sich positiv. Von diesem Aufschwung sollen alle Beschäftigten etwas haben.

Es wäre schlicht inakzeptabel, substanzielle Reallohnsteigerungen ein weiteres Jahr zu verweigern. Es wäre unfair gegenüber den hart arbeitenden Angestellten, welche den Aufschwung erst ermöglicht haben. Und es wäre politisch unverantwortlich. Die Arbeitgeber müssen einsehen, dass ein fairer Anteil am Wirtschaftserfolg für die Arbeitnehmenden die Grundlage für den sozialen Frieden und für eine weltoffene Schweiz ist. Lohndruck, Prekarisierung und Dumping führen in eine soziale und politische Sackgasse. Wir fordern darum die Arbeitgeberverbände – allen voran den

Baumeisterverband und den Schweizerischen Arbeitgeberverband – auf, die Angriffe auf den Lohnschutz in Vertragsverhandlungen und bei den Flankierenden Massnahmen (FlaM) sowie den Widerstand gegen die längst fälligen Lohnerhöhungen einzustellen.

Es reicht: Demo für Lohngleichheit!

Immer noch verdienen Frauen hierzulande knapp 20 Prozent weniger als Männer – obwohl der Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» seit fast 40 Jahren in der Bundesverfassung verankert ist. Zwar läuft momentan die Revision des Gleichstellungsgesetzes. Doch die bisherigen Beratungen lassen wenig hoffen. Das bürgerlich dominierte Parlament hat die Vorlage bereits stark verwässert: Nur 1 Prozent der Unternehmen müsste obligatorische Lohngleichheitsanalysen durchführen und für säumige Arbeitgeber sind keine Sanktionen vorgesehen! Trotzdem hat die Kommission des Nationalrats dieser Minirevision nur mit Stichentscheid der Präsidentin zugestimmt. Nun liegt der Ball am 24. September beim Nationalrat.

Um Druck zu machen, ruft die Unia zusammen mit zahlreichen Bündnis-Organisationen zur grossen Demonstration «#ENOUGH18» für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung am 22. September in Bern auf. Diese Demo ist nötiger denn je, denn die Frauen müssen für ihre Rechte offenbar auf der Strasse kämpfen!

www.unia.ch/demo-lohngleichheit

Die Lohnforderungen für die Unia-Branchen im Überblick

- **Bau:** +150 Franken generell
- **Ausbaugewerbe:** +2,5% generell
- **Industrie:** +2.5% generell in LGM und MEM, +3% generell in Chemie/Pharma
- **Detailhandel :** +2,5% generell
- **Langzeitpflege:** +2,5% generell
- **Private Sicherheit:** +2,5% generell
- **Transport und Logistik:** +2,5% generell
- **Frauenlöhne:** Lohngleichheit jetzt!

Weitere Informationen:

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia, 079 620 11 14

MEDIENKONFERENZ SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND (SGB) vom

Montag, 17. September 2018

ab 9.30 Uhr, Vatter Business Zentrum, Bern

Mit generellen Lohnerhöhungen die Schweizer Wirtschaft stärken

Daniel Münger, Präsident syndicom

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Die Unternehmen der Logistik- und Telekommunikationsbranchen können bei Umsatz und Gewinn auf eine stabil gute Entwicklung zurückblicken. Das ist wichtig für die Binnenwirtschaft. Mit ihrer guten Performance tragen sie wesentlich dazu bei, dass das Wirtschaftswachstum in der Schweiz stabil bleibt. Unter den grossen Medienhäusern haben Tamedia und Ringier aufgrund ertragsreicher Geschäftszweige und trotz Rückgangs in den Printmedien lukrative Gewinne verzeichnet.

Dass die Unternehmen der Binnenwirtschaft starke Erlöse generieren können, ist dem grossen Einsatz und der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmenden zu verdanken. Die weiter stark steigende Produktivität am Arbeitsplatz lässt in vielen Bereichen Umsätze und Gewinne in die Höhe schnellen. Dies muss sich in der diesjährigen Lohnrunde niederschlagen.

Für syndicom ist klar, dass die aktuelle Lohnrunde für die wirtschaftliche Stabilität der Schweiz eine grosse Bedeutung hat. Angesichts der steigenden Teuerung, der zunehmenden Belastung (Krankenkassenprämien, Miete, sinkende Pensionskassenrendite, etc.) und der stagnierenden Lohnentwicklung der letzten Jahre sind substantielle Lohnerhöhungen für 2019 nicht nur eine wichtige Stütze des Konsums und der Binnenwirtschaft, sondern eine Notwendigkeit für die Kaufkraft der Schweizer Arbeitnehmenden. Denn nur wenn sich die Reallöhne erhöhen – vor allem die tiefen und mittleren Löhne, sowie die der Frauen – bleibt die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen im Inland stabil, was wiederum das Wirtschaftswachstum stützt. Die Unternehmen sind deshalb aufgefordert, ihre volkswirtschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und die Produktivitätsgewinne mit den Arbeitnehmenden zu teilen. Dies gilt besonders für die staatsnahen Unternehmen Post und Swisscom.

syndicom hält zudem an ihrer Strategie fest, Tieflöhne zu verhindern und das bestehende Lohn-Niveau in der jeweiligen Branche zu sichern. Jüngstes Beispiel dafür sind die Allgemein-verbindlicherklärungen der Gesamtarbeitsverträge der Contact- und Callcenter-Branche und der Infrastrukturbranche. Damit sind in diesen Branchen die Mindestlöhne gesichert und der Lohnschutz gewährt.

Steigende Teuerung und Produktivitätsfortschritte machen generelle Lohnerhöhungen notwendig.

Swisscom: Löhne sollen um mindestens 2 Prozent steigen

Bei der Swisscom steht die nächste Lohnrunde im Frühjahr 2019 an. syndicom wird mit der Minimal-Forderung, die Löhne um 2 Prozent zu erhöhen, einsteigen. Angesichts der Produktivitätsentwicklung in der ICT-Branche sowie des guten Geschäftsganges bei Swisscom ist eine spürbare Realloohnerhöhung für 2019 angebracht.

Die vergleichbare Entwicklung von **Sunrise**, **UPC** und **Salt** macht eine Lohnerhöhung in der gleichen Höhe möglich. Das weiterhin starke Auftragsvolumen in der Netzbaubranche sorgt für eine stabile und gute

Perspektive. Einer Lohnrunde von 2 % steht hier nichts im Wege. Bei skyguide beträgt die Lohnforderung 3 Prozent.

Grosse Medienhäuser: mindestens 100 Franken mehr

syndicom fordert für die grossen Medienunternehmen, in denen trotz schwierigem Branchenumfeld (Rückgang der Werbung in Printmedien, Verlagerung von Druckaufträgen ins Ausland) erfolgreiche Jahresergebnisse zu erwarten sind, den Beschäftigten ihren Anteil am Erfolg in Form von **Lohnerhöhungen von mindestens 100 Franken** zu garantieren.

Im Fokus stehen dabei die grossen Unternehmen wie Ringier, die NZZ-Gruppe und AZ Medien sowie Tamedia. Tamedia hat im 2017 einen Gewinn von 120 Millionen Franken ausgewiesen; im ersten Halbjahr 2018 liegt er aufgrund von Sondereffekten etwas tiefer, aber immer noch bei hohen 40 Millionen Franken.

Dieser Erfolg muss an die Beschäftigten in Form von Lohnerhöhungen zurückgegeben werden und darf nicht in den Taschen der Aktionäre versickern. Die Gewinne, die im digitalen Werbebereich realisiert werden, müssen ins Personal und die publizistische Qualität investiert werden. Die Medienunternehmen dürfen nicht ignorieren, dass der Strukturwandel von Print- zu den digitalen Medien nur gelingen kann, wenn er von gut qualifizierten und motivierten Mitarbeitenden mitgetragen wird. Das muss sich auch in den Löhnen niederschlagen, denn die Zeitungsdruckmaschinen sind gut ausgelastet.

Im Buchhandel herrscht Nachholbedarf

Nach nunmehr über 10 Jahren ohne Realloohnerhöhung muss ein Zeichen gesetzt werden: mit dem Teuerungsausgleich und einer generellen Lohnerhöhung für alle. Ansonsten gerät der Buchhandel gegenüber dem Detailhandel völlig ins Abseits. Bei den Mindestlöhnen wurde mit der Erhöhung 2016 der lange angekündigte Schritt zum Einstiegslohn 4000 Fr. für Buchhändlerinnen erreicht. Der Nachholbedarf der Branche zeigt sich in der branchenspezifischen Lohnstudie 2017 (<https://syndicom.ch/branchen/buchundmedienhandel/lohnstudie-2017/>). Der Betrag der geforderten Realloohnerhöhung wird im zuständigen Branchengremium noch definiert.

Post und Logistik: kein Grund knausig zu sein!

Auch 2018 ist bei der Post mit einem stabilen Resultat zu rechnen. Dies trotz starken Turbulenzen bei Postauto, Postfinance oder im Konzern selber. Der in diesem Umfeld starke Abschluss der Post ist insbesondere ein Verdienst der Mitarbeitenden und kaum des Management. Deshalb fordert syndicom einen deutlichen Schritt nach vorne in der Lohnrunde 2019 von 2 %.

In der Zustellbranche übers Ganze gesehen steigt das Volumen weiterhin stark. Dieses Volumen wird häufig ohne zusätzliches Personal verarbeitet, was eine massive Produktivitätssteigerung zur Folge hat. Es ist an der Zeit diese an die Arbeitnehmende weiterzugeben.

Die einzelnen Lohnforderungen von syndicom sind erst definitiv, wenn sie durch die zuständigen Branchenorgane der Gewerkschaft formell verabschiedet worden sind.

Viele Lohnsysteme im öffentlichen Dienst haben entweder Stufenanstiege oder Lohnbänder mit teilweise leistungslohnabhängigen Komponenten. Obschon die Lohnanstiege eigentlich budgetneutral gewährt werden könnten – die Pensionierung älterer Mitarbeitenden setzt Mittel frei für die Lohnanstiege der Jüngeren – greifen die öffentlichen Arbeitgeber zunehmend auf diese Lohnsumme zu und gewähren keine Lohnanstiege. Damit werden Leistungslöhne ad absurdum geführt, die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst hält nicht Schritt mit der Privatwirtschaft.

Öffentlicher Dienst

Seit Jahren reden politische Interessengruppen die Angestellten des Service Public schlecht. Kantonale Spar- und Abbauprogramme führen zu Stellenabbau, die Aufgabenlast nimmt trotzdem weiter zu. Diese veränderten Rahmenbedingungen wurde in den vergangenen Jahren kaum Rechnung getragen: Die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst stagniert und es werden kaum Realloohnerhöhungen gewährt. Die Forderungen des VPOD sind daher klar: im öffentlichen Dienst sollen Erhöhungen von 1.5-2% gewährt werden. Zudem muss für Lohnsysteme mit einer leistungslohnabhängigen Komponente genügend Budget eingestellt werden. Zudem fordert der VPOD in Kantonen wie beispielsweise Zürich, den in den vergangenen Jahren entstandenen Rückstand zur Privatwirtschaft rückwirkend zu vergüten.

Gesundheitsbereich

Im Gesundheitsbereich im öffentlichen Dienst braucht es eine Anhebung des Lohnniveaus für das Gesundheitspersonal. Zudem sollen sich alle Spitäler auf den Spitallisten an die Arbeitsbedingungen und Löhne des Personals öffentlicher Spitäler halten. Spitalpersonal, das unregelmässige Arbeitszeiten und Nacht- sowie Wochenendarbeiten leistet, soll höhere Zeitkompensationen erhalten.

Das anhaltende Hoch bei den Bundesfinanzen muss in Lohnerhöhungen für das Personal übersetzt werden. Der VPOD fordert für den Bund 1.5% für Lohnmassnahmen zuzüglich der Teuerung. Auch die ETH wird heuer mit keinen Budgetkürzungen konfrontiert sein. Der VPOD erwartet vom ETH-Rat hier eine Realloohnerhöhung von 1%, ebenfalls zuzüglich Teuerung.

Verkehr: es ist Zeit für Realloohnerhöhungen

Auch dieses Jahr haben die Personalversammlungen zum Beschluss der Lohnforderungen grossmehrheitlich noch nicht stattgefunden. Es zeichnet sich aber ab, dass nach den vergangenen Jahren, in welchen nur systembedingte, individuelle Lohnmassnahmen erreicht werden konnten, in vielen Betrieben wieder deutlich grössere Chancen für eine generelle Lohnerhöhung bestehen, was zweifellos seinen Niederschlag in den konkreten Personalpostulaten haben wird. Da die Revision des Arbeitszeitgesetzes für ÖV-Betriebe den einzelnen Unternehmungen Produktivitätsgewinne verschaffen wird, wird die Teilhabe der Angestellten daran ein gewichtiges Argument sein. Bei den SBB wird es auch in diesem Jahr keine Lohnverhandlung geben, weil der bestehende GAV in den letzten neun Monaten weiter entwickelt wurde.

Weitere Informationen:

Daniel Münger, Präsident syndicom, 079 215 49 33

Christian Capacoel, Mediensprecher syndicom, 058 817 18 45